

Entlastung des Jedmayer-Grätzels

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport zu ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass eine flächendeckende Betreuung der Suchtkranken in Wien zur Entlastung des Jedmayer-Grätzels erfolgt.

Begründung

Die sozialmedizinische Drogenberatungsstelle Jedmayer am Gumpendorfer Gürtel 8 ist mit ihren Angeboten – Tageszentrum, Notschlafstelle, Beratung, Betreuung, Psychotherapie und betreute Wohnplätze – seit 2012 die größte und faktisch zentrale Einrichtung für Drogenkranke in Wien und dem Wiener Umland. Laut aktuellem Tätigkeitsbericht der Suchthilfe Wien wurden im Jahr 2024 allein im Jedmayer 169.179 Spritzentauschkontakte verzeichnet. Zum Vergleich: Die zweite Einrichtung „Change“ am Alsergrund kommt lediglich auf 5.122 Kontakte – und verzeichnet dabei sogar einen Rückgang gegenüber 2023.

Diese extreme Konzentration auf einen einzigen Standort führt zu massiven Belastungen für das unmittelbare Umfeld, insbesondere rund um den Jedmayer und die U6-Station Gumpendorfer Straße. Eine Einrichtung allein kann die Drogenproblematik einer Zwei-Millionen-Stadt und deren Umgebung nicht bewältigen.

Im Interesse der Anrainerinnen und Anrainer ersuchen wir daher die Stadtregierung – insbesondere den zuständigen Stadtrat Peter Hacker – dringend, die Aufteilung der Agenden auf mehrere Standorte und eine dezentrale Struktur der Suchthilfe zu prüfen. Nur eine Entlastung des Jedmayer durch mehrere über Wien verteilte Angebote kann das Sicherheitsgefühl im Grätzel stärken und die Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig verbessern.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von den Grünen und den Neos mitunterstützt und mehrheitlich angenommen (FPÖ dagegen)

Maßnahmenpaket für die Linie 57A

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Zuverlässigkeit der Buslinie 57A erarbeitet wird.

Begründung

Aufgrund budgetärer Einschränkungen wurde der Umbau der Gumpendorfer Straße auf unbestimmte Zeit verschoben. Damit entfällt auch der ursprünglich geplante Zeitpunkt für strukturelle Verbesserungen für die Buslinie 57A, obwohl diese seit Jahren dringend notwendig wären. Der 57A ist besonders in den Morgen- und Nachmittagsstunden oftmals überfüllt, unregelmäßig und unzuverlässig. Wiederholt kommt es zu Verspätungen, kurzgeführten Fahrten oder kompletten Ausfällen.

Gerade für zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner, Schülerinnen Schüler sowie Personen, die täglich zur Arbeit fahren, ist der 57A eine wichtige Anbindung. Da Verbesserungen im Zuge des Straßenumbaus nun auf sich warten lassen, braucht es rasche und konkrete Sofortmaßnahmen, um die Situation spürbar zu entschärfen und eine verlässliche öffentliche Verbindung in der Gumpendorfer Straße sicherzustellen.

Marcel Flitter

Antrag wurde von den Grünen und den Neos mitunterstützt und einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Fußgängerzone Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen gemäß § 19 Abs. 5 GO BV in der Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 den Antrag auf Beschlussfassung folgender

Resolution

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die Fußgängerzone Mariahilfer Straße weiterhin ihren ursprünglichen Zweck erfüllt: ein sicherer, freier und konfliktarmer Raum für Fußgängerinnen und Fußgänger zu sein.

Begründung

Im September dieses Jahres haben SPÖ, ÖVP, Neos und FPÖ gemeinsam einen Antrag eingebracht, die bestehenden Ausnahmen für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie E-Scooter im Bereich der Fußgängerzone Mariahilfer Straße zu überprüfen. Hintergrund waren zahlreiche Hinweise auf gefährliche Situationen und Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern, insbesondere zu Stoßzeiten und in engen Bereichen der Einkaufsstraße.

Anstatt die Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger zu stärken, lehnte die Stadt Wien diesen überparteilichen Antrag ab. Nun gibt es Überlegungen, eine eigene Fahrradspur direkt durch die Fußgängerzone zu führen. Eine solche Maßnahme würde jedoch zu einer weiteren Verdichtung und zusätzlichen Gefahrenmomenten führen – und stellt eine klare Abkehr vom Grundgedanken einer Fußgängerzone dar. Der öffentliche Raum in einer Fußgängerzone muss zuerst und vor allem den Menschen zu Fuß gehören.

Marcel Flitter

Resolution wurde von der FPÖ mitunterstützt und mehrheitlich angenommen (18 pro, 17 kontra)

Sicherheitsdienst Wiener Linien

U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

Begründung

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U6-Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Diese Einsatzzeiten stehen leider in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie zu den dort auftretenden Problemen. Laut Bürgermeister Dr. Michael Ludwig soll die Anzahl der Sicherheitsdienstmitarbeiter in den Wiener Linien in dieser Legislaturperiode deutlich aufgestockt werden. Sowohl aus Anrainersicht als auch aus Sicht der Öffi-Benutzer würde ein permanenter Sicherheitsdienst – zumindest an Werktagen – das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich verbessern.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von den Neos mitunterstützt und einstimmig angenommen

Smarte Ampeln Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 33) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Druckknopfampeln entlang der Gumpendorfer Straße auf „Smarte Ampeln“ umzustellen.

Begründung

Seit September 2019 werden laut Stadt Wien nach einer erfolgreichen Testphase die herkömmlichen Druckknopfampeln sukzessive durch intelligente, sensorbasierte „Smarte Ampeln“ ersetzt. Diese Systeme erkennen wartende Personen automatisch und sorgen für schnellere Reaktionszeiten sowie eine höhere Verkehrssicherheit – insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität.

Der großflächige Umbau der Gumpendorfer Straße wurde aufgrund budgetärer Einschränkungen auf unbestimmte Zeit verschoben. Davon betroffen ist auch die längst notwendige Modernisierung der Ampelanlagen. Dennoch bleibt die Gumpendorfer Straße eine stark frequentierte Verkehrsachse mit einem hohen Anteil an zu Fuß gehenden Personen, die auf sichere und komfortable Querungsmöglichkeiten angewiesen sind.

Eine Umstellung auf „Smarte Ampeln“ kann unabhängig vom Straßenumbau erfolgen – beispielsweise im Bereich Stiegengasse - und stellt eine rasch umsetzbare Maßnahme dar, die den täglichen Verkehr sicherer und effizienter macht. Dies kommt nicht nur der allgemeinen Verkehrssicherheit zugute, sondern verbessert auch die Qualität der wichtigsten Fußverbindungen im Bezirk.

Marcel Flitter

Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Toilettenanlage Fritz-Imhoff-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48, MA 42) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Errichtung einer fixen, dauerhaft betriebenen Toilettenanlage im Fritz-Imhoff-Park zu prüfen.

Begründung

Im Jahr 2024 wurde im Fritz-Imhoff-Park eine mobile „öKlo“-Anlage errichtet. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Drogenberatungseinrichtung Jedmayer kommt es jedoch regelmäßig zu Problemen: Die Anlage wird häufig verunreinigt, insbesondere durch Spritzen und andere Hinterlassenschaften, wodurch die Benützung für viele Parkbesucherinnen und -besucher zumutbar ist. Familien, Kinder und ältere Menschen meiden das WC mittlerweile, da weder Hygiene noch Sicherheit gewährleistet sind.

Eine fixe Toilettenanlage, wie sie in zahlreichen anderen Wiener Parks erfolgreich betrieben wird, könnte durch bessere bauliche Ausstattung, Reinigung und Betreuung eine deutlich höhere Akzeptanz und Nutzbarkeit ermöglichen. Angesichts der intensiven Nutzung des Parks – auch als wichtiger Aufenthalts- und Spielbereich – ist eine qualitativ hochwertige, sichere und saubere Lösung erforderlich.

Gerhard Hammerer

Antrag wurde von den Grünen, den Neos und der KPÖ mitunterstützt und einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen

Toilettenanlagen U3 Zieglergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Stadtentwicklung, Mobilität und Wiener Stadtwerke im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass in der U3 Station Zieglergasse wieder Toilettenanlagen zur Verfügung stehen.

Begründung

In der U3-Station Zieglergasse stehen derzeit keine öffentlichen Toilettenanlagen zur Verfügung. Dies führt seit längerer Zeit dazu, dass insbesondere im Umfeld der Station – etwa in der Webgasse sowie in seitlichen Bereichen der Mariahilfer Straße – der öffentliche Raum als Ersatztoilette genutzt wird. Anrainerinnen und Anrainer berichten zunehmend über starken Geruch, Verschmutzungen und eine unzumutbare Belastung des Wohn- und Geschäftsumfeldes.

Besonders problematisch ist die Situation auch vor dem Hintergrund, dass entlang der gesamten Mariahilfer Straße keine städtischen öffentlichen Toiletten vorhanden sind. Gerade an einem stark frequentierten Verkehrsknotenpunkt mit hoher Passantenfrequenz, Touristinnen und Touristen, Nutzerinnen und Nutzern des öffentlichen Verkehrs sowie einer wachsenden Zahl an obdachlosen Personen braucht es eine funktionierende und niederschwellige Infrastruktur.

Eine Wiedereinrichtung der Toilettenanlagen durch die Wiener Linien in der U3-Station Zieglergasse würde daher einen wesentlichen Beitrag zur Sauberkeit, Sicherheit und Lebensqualität im Grätzl leisten.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde von den Grünen, den Neos und der KPÖ mitunterstützt und einstimmig dem Umweltausschuss zugewiesen

Aschenbecher Markthalle

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 48) zu ersuchen, im Bereich der neu errichteten Markthalle am Naschmarkt zusätzliche Aschenbecher aufzustellen.

Begründung

Bei einem Lokalaugenschein im Bereich der neu errichteten Markthalle hat sich deutlich gezeigt, dass ein zusätzlicher Bedarf an Aschenbechern besteht. Zahlreiche Zigarettenstummel lagen im Umfeld verstreut, was nicht nur ein wenig attraktives und unhygienisches Erscheinungsbild erzeugt, sondern auch zu einer vermeidbaren Verschmutzung des öffentlichen Raums führt. Durch die Aufstellung weiterer Aschenbecher kann das Umfeld sauberer gehalten, die Entsorgung erleichtert und die Aufenthaltsqualität für Besucherinnen und Besucher nachhaltig verbessert werden.

Veronika Zimmermann

Antrag wurde mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme FPÖ)

Barrierefreiheit Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Barrierefreiheit am Gehsteig im Bereich Liniengasse / Hirschengasse 10 wiederherzustellen.

Begründung

Das Gebäude Ecke Hirschengasse 10 / Liniengasse wird seit längerer Zeit durch einen auf einem Parkplatz abgestellten „Heizkurier“ mit Wärme versorgt. Die dafür verlegte Leitung führt vom Parkplatz in das Haus beim Eingang Liniengasse und liegt quer über dem Gehsteig. Der Übergang erfolgt derzeit über eine provisorische Holzrampe, die unbeleuchtet ist und zudem eine starke Steigung aufweist, sodass sie insbesondere für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer kaum nutzbar ist.

Marcel Flitter



Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Baustellenumleitung Haydngasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, die Baustellenumleitung im Bereich Schmalzhofgasse / Haydngasse zu evaluieren.

Begründung

Im Zuge von Bauarbeiten in der Schmalzhofgasse wurde eine temporäre Umleitung eingerichtet, die zu einer deutlichen Verkehrsbelastung in der Wohnstraße Haydngasse führte. Die Haydngasse wurde damit zu einem Nadelöhr für den motorisierten Verkehr, obwohl sie gemäß ihrer Widmung primär dem Fuß- und Radverkehr dienen soll. Zusätzlich wurde während der Bauphase die Einbahnstraße plötzlich für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet, was zu einer erhöhten Konfliktsituation und Unsicherheit im Straßenraum führte.

Die getroffenen Maßnahmen mögen kurzfristig notwendig gewesen sein, zeigen aber deutlich, dass Baustellenorganisation in Wohnstraßen besondere Rücksicht erfordert. Um vergleichbare Fehlplanungen künftig zu vermeiden, ist eine fachliche Aufarbeitung und Abstimmung mit allen relevanten Stellen in der Mobilitätskommission notwendig.

Marcel Flitter

Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Fußgängerübergang Magdalenenstraße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46) im Zusammenwirken mit der Mobilitätskommission zu ersuchen, im Bereich Magdalenenstraße / Corneliusgasse den Zebrastreifen über den Radweg zu verlängern und die Haltelinie vor den Fußgeherübergang zu versetzen.

Begründung

Die Verlängerung des Zebrastreifens über den Radweg sowie eine entsprechend versetzte Haltelinie würden die Situation deutlich verbessern, klare Verkehrsregeln schaffen und die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger nachhaltig erhöhen.

Marcel Flitter



Antrag wurde einstimmig der Mobilitätskommission zugewiesen

Halteverbot Raimundtheater

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18. Dezember 2025 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 46) zu ersuchen, zu prüfen, das Halteverbot vor dem Raimundtheater künftig auf Dienstag bis Samstag einzuschränken.

Begründung

Derzeit gilt vor dem Raimundtheater von Montag bis Samstag von 18:00 bis 23:00 Uhr ein Halteverbot, um eine reibungslose An- und Abfahrt für Besucherinnen und Besucher zu gewährleisten. Da jedoch montags keine Vorstellungen stattfinden, ist eine Regelung an diesem Tag nicht erforderlich. Eine Einschränkung des Halteverbots auf die tatsächlichen Veranstaltungsabende würde zusätzliche Parkmöglichkeiten für die Anrainerinnen und Anrainer schaffen, ohne den Theaterbetrieb zu beeinträchtigen.

Veronika Zimmermann



Antrag wurde mehrheitlich angenommen (eine Gegenstimme Grüne)